

DieselölBenzin



HEIZÖLHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG

Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich

Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik <i>EU-Katastrophenschutz statt Selbstständigkeit?</i> <i>NR Benjamin Fischer</i> Seite 2	Kanton Zürich <i>Linke unterminiert staatliche Neutralität</i> <i>JSVP-Präs. Sandro Strässle</i> Seite 3	Aktuell <i>Internationale Spielereien – Abschied von der Schweiz</i> <i>Alt BR Christoph Blocher</i> Seite 4–5	Parlamentsgemeinden <i>Budget-Exzesse wegen Panikmache</i> <i>GR Derek Richter</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp <i>«Asyl und Migration» mit NR</i> <i>Andreas Glarner</i> Seite 8
---	--	--	--	---

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 28. MÄRZ 2023 IN BIRMENS DORF

Nationalrat Gregor Rutz in den Ständerat – SVP nominiert Ständerats- und Nationalratskandidaten

In Birmensdorf wurden die Weichen für den Herbst gestellt. Die SVP startet mit exzellenten Ständerats- und Nationalratskandidaten in den Wahlkampf.



Es war ein spannender Abend. Gregor Rutz machte das Rennen um die Ständeratskandidatur.

Bild: Mattia Mettler

Die zweite Delegiertenversammlung 2023 der SVP des Kantons Zürich in der Kaserne Reppischtal stand ganz im Zeichen der Nomination des Ständeratskandidaten Heer/Rutz und der Festlegungen der Kandidaten für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023. Ferner wurden weitere Beschlüsse zur Lancierung der «Nachhaltigkeits-Initiative» sowie die Parolenfassung für die Abstimmung vom 18. Juni 2023 getroffen.

Parteipräsident Domenik Ledergerber konnte rund 280 Delegierte begrüßen. In seiner Standortbestimmung ging er nochmals auf die erfolgreichen Kantons- und Regierungsratswahlen ein und wies gleichzeitig eindringlich darauf hin, dass der Kanton Zürich und die Schweiz Politiker braucht, die Verantwortung übernehmen.

Am 22. Oktober 2023 gilt es, die SVP weiter zu stärken; für eine sichere Zukunft in Freiheit.

Ebenfalls würdigte er Werner Gartenmann für seine rund 1 ½-jährige Tätigkeit als Parteisekretär der SVP Kanton Zürich. Mit seiner offenen und geselligen Art hat er in einer anspruchsvollen Zeit tolle Arbeit geleistet.

Lancierung Nachhaltigkeits-Initiative

Anschliessend stellte Nationalrat Thomas Matter den Delegierten die «Nachhaltigkeits-Initiative» vor. Sofern die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am 1. Juli in Küsnacht ihre Zustimmung gibt, wird die SVP des Kantons Zürich die Leitung für die Unterschriftensammlung übernehmen.

Diese wichtige Initiative zielt auf eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums in der Schweiz unter dem Motto «10 Mio. sind genug!». Die Schweiz braucht in dieser Thematik unbedingt eine Lösung. Der Einreichung dieses Volksbegehrens sowie der Führung der Kampagne durch die SVP Kanton Zürich stimmten die Delegierten einstimmig zu.

Parolen für die eidg. Abstimmung vom 18. Juni 2023

Die Parolenfassung zu den drei eidgenössischen Vorlagen war der nächste Programmpunkt. Regierungspräsident Ernst Stocker erklärte den Delegierten, weshalb es bei der Abstimmung vom 18. Juni zur OECD-Mindestbesteuerung ein deutliches JA braucht. Diese folgen der Empfehlung deutlich und sprachen sich grossmehrheitlich für ein JA aus.

Nationalrat Bruno Walliser lieferte Argumente, warum das Klima-Gesetz abzulehnen ist. Das «Stromfresser-Referendum» ist dank der SVP zustande gekommen. Nun gilt es, neben unserer Basis auch die Bevölkerung von einem wichtigen NEIN am 18. Juni zu überzeugen. Die Vorbereitungen für diesen Abstimmungskampf haben bereits begonnen. Die Delegierten stimmten einstimmig für die Ablehnung des Klima-Gesetzes.

Auch bei der dritten Vorlage, dem Covid-19-Gesetz, folgten die Delegierten der Empfehlung des Kantonalvorstandes. Nach einem Referat von Nationalrätin Therese Schläpfer beschlossen sie grossmehrheitlich die NEIN-Parole.

Mit Gregor Rutz in den Ständeratswahlkampf

Mit Spannung wurde die Nomination des Zürcher SVP-Ständeratskandidaten erwartet. Nachdem sich die beiden erfahrenen und kompetenten Kandidaten eindrücklich vorgestellt und aus der Versammlung beantwortet hatten, entschied die Delegiertenversammlung, mit Nationalrat Gregor Rutz ins Rennen um einen Sitz in der kleinen Kammer zu gehen. Er erhielt 143 Stimmen der Delegierten, Nationalrat Alfred Heer 136 Stimmen.

Der Unternehmer, Jurist und ehemalige Generalsekretär der SVP Schweiz Gregor Rutz (geb. 1972) setzt sich als Nationalrat für den Abbau von Bürokratie und gegen unnötige Gesetze ein, die Bürger und Unternehmen zune-

hemen behindern. Er war Zürcher Verfassungsrat, Kantonsrat und ist heute Mitglied der Staatspolitischen Kommission und der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen im Nationalrat. Als Präsident der Subkommission «Parlament in Krisenzeiten» hat er massgeblich an der Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Pandemie mitgewirkt. Rutz wurde 2019 mit dem zweitbesten Resultat in den Nationalrat gewählt.

Auch im Nationalratswahlkampf hervorragend aufgestellt

Die Nationalratsliste der Zürcher SVP, die unter der Leitung von Alt-Regierungsrätin Rita Fuhrer zusammengestellt wurde, besteht ebenfalls aus hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten.

Diskussionslos wurde die Liste grossmehrheitlich von den Delegierten verabschiedet. Damit ist die Basis für einen Wahlerfolg im Oktober gelegt. Die definitiv verabschiedete Liste ist auf der SVP-Homepage einsehbar.

Zum Schluss stellte der Säckelmeister der Kantonalpartei, Kantonsrat Patrick Walder, die Rechnung 2022 sowie das Budget 2023 vor, welchem einstimmig zugestimmt wurde.

Die SVP ist nicht nur eine Partei, die keine Nachwuchsprobleme kennt; sie steht auch auf einer gesunden finanziellen Basis.



Marco Calzimiglia
Parteisekretär
SVP Kanton Zürich



200 Fr. sind genug!

srg-initiative.ch

Darum braucht es die SRG-Initiative:

- Obwohl die Qualität bei der SRG oft zu wünschen übrig lässt, zahlt die Schweizer Bevölkerung weltweit (!) mit heute 335 Franken die höchsten gerätunabhängigen Zwangsgebühren. Mit der Initiative müssen wir nur noch 200 Franken zahlen. Immer noch genug!
- Arbeitgeber und Gewerbler werden doppelt zur Kasse gebeten: Die Betriebe zahlen eine umsatzabhängige SRG-Gebühr, schnell mehrere Tausend Franken. Dies, obwohl alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber schon als Privatpersonen die Abgabe von 335 Franken zahlen. Diese ungerechte Doppelbesteuerung muss abgeschafft werden!
- Junge verdienen wenig und schauen fast kein TV. Trotzdem müssen sie jährlich 335 Franken zahlen für ein Angebot, das sie nicht konsumieren. Das ist unfair und unsozial!

Jetzt Volksinitiative unterschreiben

- Keine überflüssigen Gebühren fürs Gewerbe!
- Junge entlasten, die sowieso kein TV schauen!
- Nur noch 200 Franken zahlen!



Telefon: 052 301 31 00 | www.srg-initiative.ch, info@srg-initiative.ch



Christoph Mörgeli

Verspielt, verzockt, verraten

Der Höllensturz der Credit Suisse macht die Schweizer fassungslos und wütend. Welch fantastische Voraussetzungen haben nicht unsere Ahnen den Banken hinterlassen. Die Angestellten von Schweizer Banken aller Stufen sind nicht klüger, besser und fähiger als alle andern. Unsere Banken florierten, weil sie optimale Voraussetzungen vorfanden: staatliche Unabhängigkeit, Neutralität, Stabilität. Und dazu grösstmögliche privatwirtschaftliche Freiheit, eine starke Währung und viele Jahrzehnte eines zäh verteidigten Bankgeheimnisses. Es hätte keinen besseren Bankenstandort geben können. Die Schweizerische Kreditanstalt entstand in der einzigen Republik Europas – mit voller Volkssouveränität. Dieser verdankt unser Land eine zweihundertjährige Friedensperiode. Denn wo die Bürger herrschen, können Monarchen, Oligarchen oder Diktatoren sie nicht in Kriege stürzen. Das alles haben die CS-Verantwortlichen in kurzer Zeit verspielt, verzockt, verraten. Denn sie glaubten, Schweizer Qualität und Vertrauen in die Schweiz habe nichts mit der Schweiz zu tun. Der Fleiss des Volkes und gute politische Voraussetzungen haben erst den Kreditbedarf geschaffen. Für Industrie, Eisenbahnen, Infrastrukturen und Tourismus. Die Angst vor dem Risiko, die meist grösser ist als das Risiko selber, machte auch die Versicherungen zu einem glänzenden Geschäft. So kam es im jungen Bundesstaat zum Phänomen eines Kapitalüberschusses trotz intensivster Investitionen. Die demokratische Politik orientierte sich nicht an den Höfen der Aristokraten. Selbst die reichsten Schweizer zeigten weder Protz noch Prunk. Der Reichtum lag in Wertschriften, deren Wert kaum sichtbar war. Es lagen keine Gold- und Silberschätze in Truhen und Tresoren. Darum blieben hierzulande selbst Grosskapitalisten lange eine Art Kleinbürger. Früher wussten die Schweizer Bankiers: Skrupellose Spekulationen und Börsentricks mögen zu spektakulären Gewinnen führen. Sie enden aber todsicher im Bankrott. Denn jede Bank ist leider eine Art Sicherheitsbindung. Sie löst sich bei einem Sturz.

MENTAL VOM AUSLAND ABHÄNGIG

Eigenständige Katastrophenvorsorge statt Einbindung in EU-Verfahren!

Es ist beelendend und absurd, ja es wäre schon fast lustig, wenn es nicht so gefährlich wäre. Wenn irgendwo ein Problem erkannt wird, bringt die Mitte-links-Mehrheit in Bern die immergleiche Leier: «Eine internationale Organisation muss es lösen, am liebsten die EU.» So hat der Nationalrat in der Frühjahrsession eine Motion der Grünliberalen überwiesen, die verlangt, dass der Bundesrat den Beitritt zum EU-Katastrophenschutzverfahren beantragt. Nun sollen wir uns also auch noch im Katastrophenschutz in die Fänge der EU begeben.



Benjamin Fischer
Nationalrat SVP
Volkswil

In der Begründung wird aufgeführt, es gäbe «keine Garantie, dass unsere Nachbarländer im Katastrophenfall eher uns helfen werden als Mitgliedern des EU-Katastrophenschutzverfahrens» und «die Schweiz sei schlecht auf die Bewältigung von Naturgefahren, in erster Linie Grossbränden, vorbereitet». Ich stimme beiden Punkten zumindest teilweise zu, aber die Schlussfolgerung ist komplett falsch. Es ist eine Schande, dass die Schweiz ihren bewährten Katastrophenschutz in den letzten Jahren zunehmend vernachlässigt hat. Gerade weil es keine Garantie auf nachbarschaftliche Hilfe gibt, ist es umso wichtiger, einen eigenständig funktionierenden Katastrophenschutz zu pflegen. Ein resilientes Katastrophenschutzsystem muss von unten nach oben und nicht zentralistisch organisiert sein, das beweist die Schweiz seit Jahrzehnten. Selbstverständlich braucht es auch Zusammenarbeit mit Nachbarländern, diese basiert aktuell auf bilateralen Abkommen. Letztendlich tragen wir aber die Verantwortung für die Sicherstellung der Katastrophenvorsorge immer selbst. Es ist eine der zentralsten, wenn



Eine zentrale Staatsaufgabe ist der Katastrophenschutz. Die Schweiz darf sich hier in keiner Weise vom Ausland abhängig machen.

Bild: Wikipedia

nicht die zentralste, Staatsaufgabe. Und es ist gefährlich, zu glauben, man könne diese, oder auch Teile davon, an eine übergeordnete Organisation delegieren. In der Motionsbegründung wird auf die vermeintliche «Stärkung und langfristige Vertiefung der Koordination» im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens verwiesen, «hin zu einer quasi-automatischen gegenseitigen Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten, einer Art NATO des Katastrophenmanagements». Gratulation an den Motionär. Er hat es geschafft, in seiner eigenen Begründung die Dummheit des Vorstosses aufzuzeigen. Gerade die NATO zeigt ex-

emplarisch, was geschieht, wenn Staaten glauben, Sicherheit delegieren zu können. Die meisten NATO-Staaten haben ihre Verantwortung in der Sicherheitsarchitektur nämlich sträflich vernachlässigt. Sie haben ihre autonome Verteidigungskompetenz eingebüsst und sich in totale Abhängigkeit begeben. Die Schweiz darf da nicht mitmachen und auf keinen Fall darf das im Katastrophenschutz passieren. Wer sich auf eine vermeintlich kollektive Sicherheit verlässt, begibt sich in Abhängigkeit und büsst seine Handlungsfähigkeit ein und damit letztlich auch die Möglichkeit, in der Krise anderen eigenständig zu helfen.

BANKENKRISE

Credit Suisse und Titanic: mit einer fatalen Kultur in den Untergang

Der Vergleich ist frappant: Der Bankenplatz Schweiz galt als sicher und die «Titanic» als unsinkbar. Wegen Ehrgeiz und Profitdenken ging man bei der Überquerung des Atlantiks verantwortungslose Risiken ein. Es kam zum Untergang.



Bernhard Im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

«Nie wieder soll es in der Schweiz zu einer Bankenrettung kommen», das war das Mantra nach der Rettung der UBS durch den Staat vor 15 Jahren. Als Fangnetz wurde die «too big to fail»-Regelung eingeführt, welche unter Zeitdruck und Druck aus dem Ausland gar nicht angewendet wurde. Der Preis ist gigantisch: nicht nur mit den Garantien von einer Viertel-Billion Schweizer Franken, sondern auch mit dem Aufbau einer Monsterbank, die ein grosses Risiko darstellen kann. Hinter allem lauert die Überfremdung mit ausländischen Managern. Für das Wahljahr drohen Konsequenzen. «Wir schaffen das», so posaunte es Axel Lehmann, der Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse wie Angela Merkel angesichts der Flüchtlingskrise in die Welt hinaus. Was in dem einen Fall vielleicht noch gut gemeint war, ist im anderen auf der Basis der Boni-Köder ein klägliches Versagen eines von Ausländern durchgesetzten Kaders: Das Unheil einer «Schweizer Bank», die weder vom Kader noch von den Investoren her «schweizerisch» war, begann mit dem Präsidium des Wallstreet-Bankers Brady Dougan. Mit Gier in den Untergang Ähnlich begann es bei der «Titanic», die von Ehrgeiz und Profit getrieben mit einer Rekordquerung des Atlantiks das «Blaue Band» gewinnen sollte. Trotz Eiswarnungen wurde der Kapitän genötigt, mit voller Fahrt die kürzeste Strecke

zu fahren. Der Ozean-Riese wurde als unsinkbar gepriesen, denn er war mit Schotten ausgerüstet, die garantierten, dass vier Abteilungen geflutet werden konnte. Doch weil fünf Abteilungen aufgerissen wurden, geschah das Undenkbare. So erging es auch der «Credit Suisse», deren Untergang man nicht für möglich gehalten hatte. Natürlich war eine Schiefelage voraussehbar angesichts der Milliardenverluste durch Spekulieren und Milliarden-Bussen infolge illegaler Praktiken. Und es ging weiter mit den Boni, die sich in den letzten zehn Jahren auf 32 Milliarden kumulierten: Zahlungen, mit denen gar noch das Versagen honoriert wurde. Signale, dass die Unternehmenskultur der CS im Argen lag, hätte man schon seit einiger Zeit sehen können. Da war das Ausspionieren eines Bankmanagers unter der Verantwortung des damaligen CEO Tidjane Thiam (ein ehemaliger Minister der Elfenbeinküste), das Fragen aufwarf: War es eine Überwachungskultur, die offenbar die Bank durchzog? Ausländischer Klüngel statt Schweizer Bankiers Auch die jüngste Kapitalerhöhung war ein Schuss in den Sand: Da ging man in Saudi-Arabien hausieren für eine Finanzierung. Wer mangels Vertrauens keine anderen Investoren mehr bekommt, geht zum Sandkasten. Dass die Saudis kein Geld mehr einschiessen wollten, ist deren Angelegenheit. Weil sie genau dies in die Welt hinausposaunten, war es fatal. Genau dies war nach der Pleite der Silicon Valley Bank der finale Stoss ins Misstrauen. Im übertragenen Sinn war dies das Aufreißen der fünften Abteilung, die den Untergang der «Titanic», sprich der «Credit Suisse», schlussendlich besiegelte. Da stellt sich

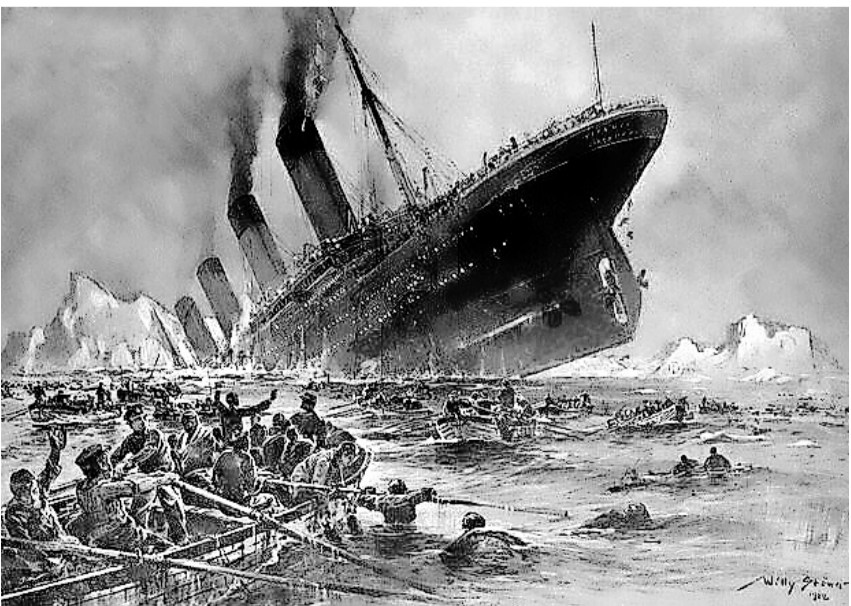
auch die Frage, wie unbedarft es war, dass die neue CS-Spitze ausgerechnet solche «redefreudigen Wüstensöhne» an Bord holte. Das völlige Versagen der bisherigen, teilweise aus dem Ausland importierten Führung, welche Gier und Boni ermöglichte, fand mit dem Duo Axel Lehmann (ein Sankt Galler Titularprofessor) und dem deutschen Ulrich Körner (ein Sankt Galler Absolvent) seine finale Fortsetzung. So macht es den Anschein, als ob die Spitzenpositionen aus dem Bekannten- und Freundschaftskreise von Golf, Tennis- oder anderen Clubs oder aus dem Hörsaal besetzt wurden, aber nicht aus einer Auswahl von Schweizer Bankiers.

Ungenügend vorbereitet für den Notfall

Während in der Arena noch über die Möglichkeiten der Rettung der CS debattiert wurde, lief das Wasser wegen

Als weiteres Argument für die Motion wird nämlich aufgeführt, dass dieser Beitritt nicht nur eine Investition in die Sicherheit wäre, sondern auch in die Erfüllung der «moralischen Pflicht zur Solidarität mit unseren Nachbarn». In erster Linie haben wir die Pflicht, den Katastrophenschutz für die Schweizer Bevölkerung sicherzustellen. Doch zusätzlich nimmt die Schweiz ihre Verantwortung bereits wahr und ist solidarisch. Bei Waldbränden in Griechenland vor zwei Jahren hat die Schweizer Armee auf ein Hilfsgesuch von Athen in kürzester Zeit drei Helikopter des Typs Super Puma und rund 40 Mitarbeitende der Armee mobilisiert. Dazu gehört ein Vorausdetachment der Luftwaffe, Brandbekämpfungsspezialisten und Angehörige des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe. Auch gerade kürzlich, beim verheerenden Erdbeben in der Türkei, waren sofort Schweizer Teams vor Ort. Die Liste könnte endlos weitergeführt werden. Gerade in einem so wichtigen Bereich wie dem Katastrophenschutz dürfen wir uns nicht auf ein supranationales Konstrukt verlassen, sondern müssen unsere Hausaufgaben selber machen. Der Beitritt wird rund 8 Millionen pro Jahr kosten (sagt aktuell das zuständige Bundesamt, wir wissen alle, dass es letztendlich viel teurer sein wird). Dieses Geld ist in Katastrophenvorsorge im Inland besser investiert! Wir müssen unseren bewährten, dezentralen Katastrophen- und Bevölkerungsschutz und unsere Armee stärken, statt uns auf ein zentralistisches, supranationales Verfahren zu verlassen. Nur mit neuen Mehrheiten im Herbst können wir diesen Irrsinn noch stoppen.

des nun zu tief liegenden Vorschiffes schon über weitere Schotten hinweg in die nächsten Abteilungen, womit die «Titanic» alias «Credit Suisse» über den Bug sank. Das Fehlen genügender Rettungsboote führte in der Hast dazu, dass die analog halbwegs rettenden «too big to fail»-Massnahmen nicht mehr geprüft wurden und es auch an der Zeit fehlte, die Konsequenzen aller Entscheidungen klar durchzudenken. Weil es über das Wochenende zu zahlreichen Gesprächen mit ausländischen Finanzministerien kam, ist es plausibel, dass aus Furcht vor einer neuen Finanzkrise ein gehöriger Druck auf die Schweizer Institutionen (Bundesrat, Nationalbank, FINMA) ausgeübt wurde: So ist in einer Nacht-und-Nebel-Aktion über das Wochenende auch der Schweizer Rechtsstaat über alle Gebühr strapaziert worden. Die Auswirkungen auf die nationalen Wahlen könnten einschneidend sein, aber das kümmert die mit vollen Beuteln getürmten Kader nicht einmal einen «Buck».



Probleme in der Unternehmenskultur können sich fatal auswirken.
Bild: ITU/Wikimedia Commons

AUS DEM KANTONS RAT

Bürgerlicher Erfolg im Kantonsrat

Diese Woche standen bedeutende Bauprojekte im Hochschulgebiet auf dem Plan. Ausserdem: Bürgerlicher Erfolg führte zur Senkung der Notariatsgebühren und neue links-grüne Vorstösse.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Zu Beginn der Morgensitzung stand nach der Redaktionssitzung nochmals die links-grüne Parlamentarische Initiative 233/2018 auf der Traktandenliste, welche forderte, der ZKB sämtliche Investitionen in Energieträger zu verbieten. Die Initiative wurde dann leider durch die Klimaallianz deutlich überwiesen.

Grosse Projekte im Hochschulgebiet

Bei der Regierungsvorlage (ZH5811) betreffend den Objektkredit für den Neubau des Forum UZH herrschte für einmal – nebst dem Streitpunkt Kunst am Bau – parteiübergreifende Einigkeit. Gemäss Peter Schick ist der Neubau schon wegen der steigenden Studentenzahlen in den nächsten Jahren notwendig. Bis 2029 rechnet man mit fast 34000 Studenten. Derzeit sind es bereits über 28000. Während der Projektoptimierungsphase wurden mit verschiedenen Massnahmen und Optimierungen über 90 Mio. Franken eingespart. Die effektiven Erstellungskosten betragen aber immer noch 598 Mio. Franken. Die SVP hielt an ihrem Antrag, 2,7 Mio für Kunst am Bau zu streichen, fest. Dem gesamten Objektkredit sowie dem Betrag für Kunst am Bau wurde aber schliesslich gegen unseren Willen zu gestimmt.

Bei der nächsten Regierungsvorlage (ZH5814) betreffend Infrastrukturprojekte Hochschulgebiet Zürich war es dann vorbei mit Einigkeit. Gemäss SVP-Kantonsrat Walter Honegger handelt es sich bei diesem Geschäft um eine ausserordentliche Subvention an die Stadt Zürich. Diese muss im Kantonsrat behandelt werden, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Eine solche Ausgabe muss also grundsätzlich gut begründet werden, zumal mit dem Lastenausgleich an die Stadt Zürich eigentlich genau solche Projekte mitfinanziert werden könnten. Gleich-

zeitig sei es auch so, dass 5,9 Mio. nicht abgeschriebene Werte von Strassen und Einrichtungen für die Neugestaltung geopfert worden seien. Deshalb habe die SVP den Rückweisungsantrag für das ganze Geschäft gestellt mit der Idee, dass die kritisierten Punkte geklärt werden können. Auch lehnte die SVP den Antrag der GLP ab, welcher zusätzliche Fr. 100 000.– für die Schaffung von weiteren öffentlichen Veloabstellplätzen vorsieht. Dieser Kürzungsantrag wurde knapp angenommen, die restlichen Anträge fanden leider keine Mehrheiten.

Bürgerlicher Erfolg bei der Senkung der Notariatsgebühren

Als erstes Geschäft nach der Mittagspause stand die Parlamentarische Initiative 301/2018 von Hans-Peter Amrein betreffend Festlegung der Höhe der Notariatsgebühren auf der Traktandenliste. Dank der bürgerlichen Parteien SVP, FDP und der Mitte sowie der GLP konnte der SVP-Vorstoss zur Reduktion der Notariatsgebühren mit 83 zu 46 Stimmen überwiesen werden. Gemäss Martin Suter bedeutet das für die Bevölkerung und die Unternehmen neu eine Senkung der Höchstgebühren um 20% beim Ehegüter- und Erbrecht sowie im Gesellschaftsrecht. Dieser grosse Erfolg zeigt wieder einmal, was eine geschlossene, bürgerliche Politik bewegen kann. Auch einem Antrag zur Erhöhung der Mindestgebühren hat die SVP-Fraktion erfolgreich abgewehrt. Anschliessend standen verschiedene unstrittene Geschäfte an, welche diskussionslos und einstimmig gutgeheissen wurden. Darunter waren der Beitrag zu Neubau und Sanierung des Fotomuseums Winterthur, der Beitrag aus dem gemeinnützigen Fonds an den Verein Zürcher Forum für das Projekt «Phänomena» sowie auch der Beitragsantrag aus dem gemeinnützigen Fonds an die Zoo Zürich AG.

Abzug für Kinderbetreuungskosten deutlich angenommen

Bei der Vorlage (ZH5851) des Regierungsrates betreffend die Änderungen im Steuergesetz zur Erhöhung des Abzugs für Kinderdrittbetreuungskosten ging es dann nicht mehr so harmonisch zu.

Gemäss unserem Fraktionskollegen Martin Suter sollen durch die Änderungen externe Kinderbetreuungskosten bis maximal 25000 Franken abgezogen werden können. Für Doppelverdiener, insbesondere diejenigen, die voll zahlen, seien die Kinderdrittbetreuungskosten in der Regel horrend hoch, zumindest ausserhalb der linken Hochburgen wie der Stadt Zürich und Winterthur. Bei der Anpassung handle es sich um eine Anpassung des Abzugs, der ebenfalls bei der direkten Bundessteuer erlaubt sei. Es könne nicht angehen, dass der Kanton Zürich hier nochmals steuer-technisch schlechter dastehe als andere Kantone und der Bund. Die Änderungen wurden schliesslich deutlich angenommen.

Links-grüne Vorstösse

Die links-grüne Motion (240/2021) mit dem sperrigen Titel «Gesetzliche Grundlage zur Bestellung von Führungsorganen in selbstständigen Organisationen» war auf den Punkt gebracht nichts anderes als reine Frauenförderung und Klassenkampf. Da der Regierungsrat bereits früher dieses Anliegen ausführlich abgehandelt hatte, bedurfte es gemäss Roman Schmid keiner Verschärfung dieser Gesetze und ihrer Verordnungen. Und vor allem sollen keine Quotenregelungen und Bestellungen durch die Hintertür eingeführt werden.

Die tieflinks-grüne Parlamentarische Initiative (368/2022) «Individuelle Prämienvorbildung, Kantonsanteil auf 120% erhöhen» zeigte einmal mehr deutlich auf, wie sozialistisch die sogenannte Klimaallianz gefärbt ist. Statt die Ursachen der hohen Prämien zu nennen, wird auf alle eingedroschen, die mit viel Arbeitskraft und Eigenleistung ein mittelständiges Einkommen erwirtschaften können. Gemäss Lorenz Habicher hat das Zürcher Stimmvolk der SVP-Gerechtigkeitsinitiative und deren Gegenvorschlag zugestimmt, obwohl die besagten Parteien diesen Lösungsansatz immer wieder abgelehnt hatten. Der Kanton spiele heute schon Geldgeber, Bank, Sozialwerk usw. für ein missratenes Krankenversicherungsgesetz (KVG) des Bundes, dessen Einführung und Umsetzung die SVP immer bekämpft habe.

Prozesskosten und Bussen von Extremisten gedeckt, die zum Teil sogar zu Haftstrafen verurteilt wurden. Kurz gesagt: In einem städtischen Lokal wird Geld gesammelt, um Straftätern zu helfen, die Kosten ihrer Straftaten zu tragen. Den Verantwortlichen ist durchaus klar, dass sich ihr Verhalten zwischen grenzwertig und illegal bewegt. Doch solange sich niemand wehrt, werden die Grenzen ausgelotet und weiter verschoben. Es ist deshalb wichtig, dass sich jeder, der hinter unserem demokratischen System steht, sich gegen solche Vorkommnisse wehrt. Häufig genug werden Beschwerden zu solchen Vorfällen gutgeheissen. Leider gibt es auch häufig genug gar keine Beschwerden. Hier kann jeder Einzelne einen Beitrag zur politischen Neutralität der staatlichen Institutionen leisten.



von
Sandro Strässle

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Debatte rund um fragwürdige Kunst beim FORUM UZH



Peter Schick
Kantonsrat SVP
Zürich

Heute gab das Geschäft Objektkredit für den Neubau des FORUM UZH der Universität Zürich vom 16. März 2022 einiges zu reden. Der Objektkredit vom 598 Mio. Franken war durch alle Fraktionen hindurch unbestritten. Einzig der SVP-Fraktion machte dieser Betrag doch ein schlechtes Baugefühl. Die Studentenzahlen werden von heute 28 100 bis 2029 auf fast 34 000 ansteigen. Dieser Bau soll die dringend benötigten zusätzlichen Flächen für Lehre und Forschung sicherstellen. Es wissen alle, dass das Gebäude bei der Eröffnung in 4 bis 5 Jahren schon am Anschlag laufen wird. Der Monumentalbau der Stararchitekten Herzog und de Meuron soll auch noch mit Kunst am Bau von 2,6 Mio. Franken verschönert werden. Die Verantwortlichen konnten uns nicht sagen, was für Kunst hingestellt wird. Die Katze im Sack kaufen und der eh schon subventionierten Kunstszenen weiter Geld zuzuschieben? Dies wollte die SVP mit ihrem Antrag auf Streichung dieses Betrages unterbinden. Wie immer standen wir alleine da. Der Antrag der FDP, diesen Betrag auf die Hälfte zu reduzieren, fand dann eine knappe Mehrheit im Rat. Die Beiträge für Kunst am Bau sollten grundsätzlich ganz gestrichen werden. Bei einem solchen Vorzeigeprojekt erst recht.

Wer Kunst anschauen will, kann ins nahe gelegene Kunsthaus gehen. Beim zweiten Geschäft zum FORUM UZH ging es um eine Subvention vom Kanton an die Stadt Zürich für das Infrastrukturprojekt im Hochschulgebiet Zürich Zentrum. Die Gesamtsubvention beläuft sich auf 19,2 Mio. Franken. Der Zankapfel bei diesem Geschäft war eine Subvention von fast 2 Mio. Franken für ein mehr als fragwürdiges Projekt zur Neugestaltung der Haltestelle Gloria-/Rämistrasse. Bei der Tramstation soll «flächiges Queren» ganz ohne Zebrastreifen eingeführt werden. Eine wahnwitzige Idee der rot-grünen Stadt Zürich. Da wird ganz klar ein Teil unserer Bevölkerung, also jene Menschen mit Einschränkungen in der Wahrnehmung, z. B. Seh- oder Hörbehinderte, nicht berücksichtigt, ignoriert und weggelassen. Ein Versuch in einem Vorort von Bern wurde als Beispiel herangeführt. Dort verkehren aber keine Trams und die gesamte Fahrbahnbreite ist auch viel schmaler. Diese Tatsache wird von den Ideologen in den städtischen Planungsteams bewusst ignoriert. Man will hier ganz klar den MIV ausbremsen und missbraucht dabei den Mensch als Versuchskaninchen. Es wird dann auch nur eine Frage der Zeit sein, bis es zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern so richtig «chlöpft». Die SVP machte bei dieser Sache nicht mit und stellte einen Rückweisungsantrag zurück an den Absender. Wurde natürlich klar abgelehnt. Vorausgesetzt, die Zürcher Stimmbevölkerung stimmt der städtischen Vorlage zu, wird die Subvention vom Kanton an die Stadt ausbezahlt.

UNGENÜGENDER GEGENVORSCHLAG ZUR ANTI-CHAOTEN-INITIATIVE

Regierungsrat muss Rechtsordnung durchsetzen

Nach den gewalttätigen Ausschreitungen und massiven Sachbeschädigungen der «Antifa» in Zürich in der Folge der Räumung des Koch-Areals, bei denen sogar Feuerwehrleute und Polizisten angegriffen wurden, ist es höchste Zeit, dass die Polizei und die Justiz künftig konsequent durchgreifen.



Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küssnacht

Auch die Anti-Chaoten-Initiative der Jungen SVP Zürich muss nun rasch dem Volk vorgelegt werden und zum Tragen kommen. Sie verlangt, dass gewalttätige Chaoten für Schäden bei Demonstrationen (sowie für Polizeieinsätze bei unbewilligten Demonstrationen) in jedem Fall auch finanziell zur Rechenschaft gezogen werden. Demonstrationen müssen auch vorab bewilligt werden.

Gegenvorschlag würde zum «Juristenfutter»

Der Gegenvorschlag des Regierungsrates, der nun auf dem Tisch liegt, ist meines Erachtens weniger wirkungsvoll, weil die Kosten von Polizeieinsätzen den Verursachern nur verrechnet werden sollen, wenn diese «vorsätzlich» gehandelt haben, was immer das heisst. Das Ganze würde wohl zum «Juristenfutter» und die Regelung wäre damit

weniger effektiv. Nur die Anti-Chaoten-Initiative bringt eine klare Regelung. Auch diese Initiative wirkt aber natürlich nur, wenn die Polizei frühzeitig gegen die, in der Regel verummumten, Gewalttäter vorgehen und möglichst viele verhaften kann. Genau dies wurde aber von der grünen Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart bei den erwähnten Ausschreitungen mit der Devise «Nicht eingreifen!» verunmöglicht.

Aufsichtspflicht wahrnehmen

Wenn Frau Rykart und der Zürcher Stadtrat weiterhin nicht gewillt sind, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, muss der Regierungsrat seine aufsichtsrechtliche Pflicht wahrnehmen und dafür sorgen, dass die Rechtsordnung auch in der Stadt Zürich durchgesetzt wird.

Es ist ein Skandal, wenn man kriminelle Taten nicht ahndet, rechtsfreie Räume duldet, gewalttätige Chaoten gewähren lässt und die Kosten für die Schäden und die Polizeieinsätze auch noch den geschädigten Gewerbetreibenden und den Steuerzahlern aufbürdet. Es ist Zeit, dass die Anti-Chaoten-Initiative vor das Volk kommt!



Chaoten in der Stadt Zürich müssen endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Die Anti-Chaoten-Initiative der JSVP Zürich wäre ein erster Schritt dazu.

Bild: Wikipedia

WORTE DES PRÄSIDENTEN DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Politische Neutralität

Eigentlich ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass sich staatliche Institutionen politisch neutral verhalten. Wir erwarten dies zurecht, nicht nur weil unsere Regeln und Gesetze dies verlangen, sondern auch weil wir genügend Beispiele kennen, die als Warnung dienen sollen. Autoritäre Regimes und Diktatoren haben immer wieder zu solchen Mitteln gegriffen und tun es bis heute. Doch leider können wir uns auch in der demokratischen Schweiz nicht auf diese Selbstverständlichkeit verlassen. Erst im Februar hat eine Gruppe aus Aktivisten und Extremisten dazu aufgerufen, die Kantonsschule Enge zu besetzen. Die Reaktion der Schule: Sie stellten den Besetzern Räumlichkeiten zu Verfügung und erlaubten den Schülern die Teilnahme am Programm der Besetzer (anstelle des Unterrichtes). Es schien sie nicht zu stören, dass die JUSO und sogar Kantonsräte widersprochen ihre Ideologie verbreiten konnten. Auf dem Programm standen Punkte wie «offenes Queerfeministisches Plenum» oder «Widerstand in Lützerath». Das Ganze Seite an Seite mit der Revolutionären Jugend Zürich, der Jugendorganisation

des gewalttätigen Revolutionären Aufbaus Zürich. Dies trifft man sonst eher beim Verwüsten von Strassenzügen an. Doch es ist nicht das einzige Beispiel. Man kann sich fragen, ob «Amnesty International» Banner in öffentlichen Bildungseinrichtungen aufhängen darf. Die Menschenrechtsorganisation beteiligt sich immer wieder an Abstimmungskampagnen – sie ist also sicherlich nicht politisch neutral. Dass Absenzen für Klimastreiks nicht gehandelt werden (im Gegensatz zu anderen unentschuldigten Absenzen) ist eine Sache. Wenn die Lehrpersonen die Schüler dorthin begleiten oder den Streik zum Programm machen, haben wir ein grösseres Problem.

Dabei beschränken sich diese Vorfälle nicht auf Schulen. So wird im Zentrum «Karl der Grosse» der Stadt Zürich ein zugegebenermassen verschwindend kleiner Teil des Umsatzes «gespendet». Es bestünde die Möglichkeit, dafür einen breit abgestützten gemeinnützigen Zweck wie die Kinderkreishilfe zu wählen, doch natürlich fiel die Wahl auf eine andere Organisation. Das Geld fliesst an «Basel nazi-frei». Der Zweck? Damit werden die

SVP BEZIRK WINTERTHUR

Die SVP Winterthur bleibt weiterhin auf Kurs

Die SVP Bezirk Winterthur präsentiert sich an ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in einem sehr guten Zustand. Die politischen Kämpfe und die Jugendgewalt halten die Eulachstadt derweil auf Trab.

Die ordentliche Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Winterthur wurde am Dienstag, 21. März, im Restaurant Sagi in Bertschikon abgehalten. Der Präsident und Kantonsrat Tobias Weidmann sorgte für einen effizienten Ablauf des Abends, sodass bereits nach wenigen Minuten die Jahresberichte der vier Präsidenten in den Fokus rückten. Der Jugend gewährte man in diesem Jahr den Vortritt, weshalb Tim Kramer, Präsident der Jungen SVP des Bezirks Winterthur und Andelfingen, das Wort ergriff. Er übernahm im Oktober 2022 das Zepter und kann schon erste Erfolge verbuchen: Obwohl der Jahresbeitrag von 25.– auf 50.– Franken erhöht wurde, zählt die JSVP solide 33 Mitglieder, wovon vier auf einer eigenen Liste die bevorstehenden Nationalratswahlen in Angriff nehmen. Mithilfe des motivierten Vorstandes der JSVP möchte Tim Kramer die Zahl der Mitglieder weiter erhöhen.

Politische Kämpfe in Winterthur

Mehr jungen Nachwuchs unter den Mitgliedern wünscht sich auch Maria Wegelin, Präsidentin der SVP Stadt Winterthur. Weil in der Stadt ein politischer Kampf auf den anderen folgt, erlaubt die Situation momentan keinen

Moment der Ruhe. Einer dieser aktuellen Kämpfe ist die Stadtrats-Ersatzwahl von Jürg Altwegg (Grüne), wobei die SVP zwar keinen eigenen Kandidaten stellt, aber mit der FDP zusammenspannt. Ein bisschen mehr Ruhe im Jahr 2023 erhofft sich Marc Peter, Präsident des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Winterthur, nach der erfolgreichen Bekämpfung der Massentierhaltungsinitiative im vergangenen Jahr. Zu guter Letzt betonte Tobias Weidmann den Sitzzuwachs im Kantonsrat; der neu gewählte Urs Wegmann verstärkt als Dritter im Bunde das Zweiergespann Martin Hübscher und Tobias Weidmann.

Littering und Jugendgewalt beschäftigen die Eulachstadt

Unter dem Traktandum Nominationen schlugen die 38 Stimmberechtigten einstimmig David Siegwart als neuen Bezirksrichter vor. Der Jurist möchte die abtretende Richterin Janine Meier ersetzen. Zudem befinden sich nun hochhoffiziell Maria Wegelin, Martin Hübscher, Tobias Weidmann und die Bisherige Therese Schläpfer auf der Nationalratskandidatenliste. Eben jene Nationalrätin Therese Schläpfer informierte die Anwesenden gegen Ende

der Versammlung über die aktuelle Lage in Bundesbern. Sie warnte eindringlich vor der Abstimmung am 18. Juni über «die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)», auch bekannt als Stromfressergesetz. Die Schlagworte «Innovation» und «Energiesicherheit» verschleiern lediglich die Tatsache, dass es sich hierbei um die heimlich umbenannte «Gletscherinitiative» handelt.

Ein wuchtiges NEIN an diesem Abstimmungssonntag schützt vor unverhältnismässigen Massnahmen. Der letzte Bericht des Abends stammte von Karin Egli-Zimmermann, der Statthalterin des Bezirks Winterthur. Sie sprach nicht nur das Problem des Litterings in der Stadt an, sondern auch der Jugendgewalt.

Den jugendlichen Nachtschwärmern werden im Ausgang von der Polizei viele Messer abgenommen. Auch wenn die Delegiertenversammlung sich unweigerlich dem Ende zuneigte, so bleibt der Eindruck bestehen, dass die SVP ihr Engagement auf diversen Ebenen erfolgreich weiterführen wird.

Kevin Kübler
Redaktor SVP Bezirksvorstand Winterthur



Auf Kurs: Auch die Delegiertenversammlung war dieses Jahr sehr gut besucht Bild: Bezirksvorstand Winterthur

JSVP SEKTION OBERLAND-SEE

Generalversammlung der Jungen SVP Oberland-See



Vorstand Junge SVP Oberland-See: V.l.n.r. Gian Staubli, Marco Beerstecher, Benjamin Stricker, Seraina Billeter, Darshan Rubischung, Marco Vogt, Yves Helfenberger. (Kniend Daniel Wäfler und René Schweizer). Bild: zVg

Die diesjährige GV der Jungen SVP Oberland-See fand wieder einmal im Bezirk Hinwil statt. Zu Gast waren wir im Café Konditorei Voland in Rüti ZH. Nach einem feinen Apéro mit Sandwiches und Canapés eröffnete der Präsident Benjamin Stricker aus dem Bezirk Hinwil um 20.00 Uhr die Versammlung. Zuerst überbrachte der Präsident der SVP Bezirk Hinwil und der Inhaber der Konditorei Voland René Schweizer eine Grussbotschaft. Anschliessend führte der Präsident gekonnt durch die traktandierten Geschäfte. Wie die Jahresrechnung 22 wurde auch das Budget 23 einstimmig angenommen. Die Junge SVP Oberland-See musste Micha Baur aus dem Bezirk Uster leider wegen gesundheitlicher Gründe verabschieden und dankte ihm herzlich. Der Vorstand wurde mit Marco Vogt aus dem Bezirk Meilen und Gian Staubli aus dem Bezirk Pfäffikon verstärkt. Die beiden bisherigen Revisoren Thierry Gossweiler und Roxana Gossweiler stellten sich wieder zur Verfügung. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Marco Beerstecher,

Yves Helfenberger, Darshan Rubischung und Seraina Billeter, wie auch der Präsident Benjamin Stricker, wurden einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand geht gestärkt in das kommende Wahljahr und ist topmotiviert für die Wahlen und die anstehenden Arbeiten. Zum Schluss wurden noch die 14 Jahre alten Statuten modernisiert und revidiert.

Als Gastreferent war Kantonsrat Daniel Wäfler dabei. Er hob die Selbstbestimmung als wichtigsten Pfeiler der Schweiz hervor. Selbstbestimmung gibt es aber nur durch die Sicherheit der bewaffneten Neutralität. Ohne Freiheit gibt es allerdings auch keine Selbstbestimmung. Dafür gilt es immer wieder neu einzustehen und zu kämpfen. Im Anschluss verwöhnte uns René Schweizer noch mit feinen Desserts. Nach einer interessanten und aufschlussreichen GV inklusive Referat und angeregter Diskussionen traten alle motiviert für die Zukunft den Heimweg an.

Vorstand JSVP Oberland-See

JA

ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT

DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

neutralitaet-ja.ch

Die Schweizerische Volkspartei SVP des Kantons Zürich sucht per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Sekretariatsmitarbeiter/in Empfang (40-100%)

Sie suchen eine vielseitige und spannende Arbeit? Sie lieben den Umgang mit Menschen? Sie nehmen motiviert am direktdemokratischen Leben der Schweiz teil? Sie teilen die bürgerlichen und freiheitlichen Werte der SVP? Sie denken konstruktiv und sind mehr an Lösungen als an Problemen interessiert?

Wenn sie alle Fragen mit Ja beantworten, bewerben Sie sich für diese spannende Aufgabe auf dem Parteisekretariat (Arbeitsort Dübendorf) der grössten Partei des Kantons Zürich!

Diese abwechslungsreichen Aufgaben warten auf Sie:

- Erledigung von allgemeinen administrativen und organisatorischen Sekretariatsaufgaben
- Proaktive Unterstützung und Zusammenarbeit mit einem weiteren Sekretariatsmitarbeiter
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen und Schulungen
- Erste Anlaufstelle für einfache Anliegen unserer Parteimitglieder und Mandatsträger
- Mitarbeit bei unserer wöchentlichen Mitgliederzeitung, v.a. im Inserate-Bereich
- Mitarbeit und Unterstützung bei Wahlkämpfen und Abstimmungskampagnen
- Selbständige Verwaltung einer Datenbank

Folgende Erwartungen haben wir an Sie:

- Kaufmännische Grundausbildung, ein stilsicheres Deutsch sowie gute Kenntnisse der MS-Office-Anwendungen
- Bereitschaft gemeinsam mit einem Team Aufträge termingerecht zu erfüllen
- Selbständige, effiziente und genaue Erledigung der anfallenden Arbeiten, auch in hektischen Zeiten
- Aktive Teilnahme an der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Abstimmungskampagnen und Wahlen
- Flexibilität und Bereitschaft auch an einigen Abenden und Wochenenden zeitweise zu arbeiten
- Begeisterung für Politik und die Werte der SVP
- Offene und kommunikative Persönlichkeit mit hoher Sozialkompetenz im Umgang mit Menschen
- Bereitschaft für 5 Wochen Ferienvertretung pro Jahr mit zeitweise höheren Arbeitspensum bei Teilzeitbeschäftigung

Wir bieten zeitgemässe und attraktive Anstellungsbedingungen. Ihre Bewerbung mit Motivationsschreiben, Lebenslauf und aktuellen Zeugnissen senden Sie im PDF-Format an marco.calzini@svp-zuerich.ch.

Für Auskünfte steht Ihnen der Parteisekretär Marco Calzini zu Bürozeiten unter Telefonnummer 079 353 43 19 gerne zur Verfügung.

SVP USTER

Anita Borer zur Präsidentin des Gewerbeverbandes Uster gewählt

An der Generalversammlung vom 23. März 2023 wählten die anwesenden Mitglieder des Gewerbeverbandes Uster Anita Borer, Kantons- und Gemeinderätin der SVP sowie Inhaberin und Geschäftsleiterin der fürschi GmbH, zu ihrer neuen Präsidentin.

Eine Stadt mit Potenzial

Anita Borer nahm die Wahl an und erklärte, dass sie den KMU und dem Gewerbe von Uster eine starke, wahrnehmbare Stimme geben wolle. Sie wolle mit den KMU und dem Gewerbe in Uster in stetigem Kontakt sein, Probleme und Herausforderungen aufnehmen und die Interessen des Gewerbes im Austausch mit der Politik, den Behörden und der Verwaltung sinnvoll durchsetzen.

Wichtig sei ihr, dass Uster nicht zu einer Schlafstadt verkomme. Mit ihren über 1350 Unternehmen und 16 000 Arbeitsplätzen habe die Stadt ein grosses Potenzial, das es zu nutzen gelte. Den Unternehmensstandort stärken, neue Arbeitsplätze in Uster ermöglichen, Auflagen reduzieren, sinnvolle Verkehrsführung und genügend Kundenparkplätze sicherstellen – diese und viele weitere Themen wolle sie im Sinne der KMU und Gewerbebetriebe angehen. Sie entschieden darüber, ob die Stadt Uster das vorhandene Potenzial ausschöpfen und sich als gewerbefreundliche, belebte Stadt positionieren kann.



Die neue Präsidentin des Gewerbeverbandes. Bild: Anita Borer

Redaktion

HEMMSCHWELLEN FALLEN

Schwere Gewaltdelikte nehmen weiter zu

Die neueste Kriminalstatistik zeigt schweizweit eine starke Zunahme von schwerer Gewalt. 2022 wurden zudem schweizweit insgesamt 86 693 Personen wegen Widerhandlungen gegen das StGB polizeilich registriert.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Zu den schweren Gewaltdelikten gehören schwere Körperverletzungen, schwerer Raub, Vergewaltigungen und Tötungsdelikte. Sie machten 4,2 Prozent aller Gewaltstraftaten aus.

Gemeinwohl verliert an Bedeutung

Experten stellen fest, dass die Hemmschwelle, Gewalt anzuwenden, niedriger wird. Zudem werde die Gesellschaft anonymer, individualistischer und das

Gemeinwohl scheine an Bedeutung zu verlieren, lässt sich Adrian Gaugler, Sekretär der kantonalen Erziehungsdirektoren, im «Blick» zitieren.

Unter anderem nimmt die Gewalt mit Messern stark zu. «Schwere Körperverletzung passiert oftmals im öffentlichen Raum», meint der Kriminalexperte Dirk Baier auf «20Minuten». Grundsätzlich würden Menschen mehr Zeit draussen verbringen als früher. Obwohl das ja eine positive Entwicklung sei, würden dabei oftmals Alkohol oder Drogen konsumiert.

Trauriger Rekord

Punkto Kriminalität jagt mittlerweile ein Rekord den nächsten. Gewaltdelikte, Diebstähle, Einbrüche: Die Zahl der

polizeilich bekannten Straftaten im Kanton Zürich hat 2022 um rund 9 Prozent zugenommen. Bei den schweren Gewalttaten ist dies ein Anstieg von 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der Delikte im Bereich der häuslichen Gewalt steigt an. Polizisten rücken im Schnitt 20-mal pro Tag wegen häuslicher Gewalt aus. Bei jedem sechsten Fall wurden Schutzmassnahmen gemäss Gewaltschutzgesetz verfügt, sagte Polizeidirektor Mario Fehr bei der Vorstellung der neuen Zahlen.

Ausländer ohne Aufenthaltsrecht

Mehr als die Hälfte der Zunahme bei schweren Gewaltdelikten geht übrigens auf Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung zurück. Es wandern also Menschen in die Schweiz ein, um schwere Gewaltdelikte zu verüben. Hier kann ohne Wenn und Aber nur die sofortige Ausschaffung angeordnet werden. Die Ausschaffungszahlen weisen darauf hin, dass viele Straftäter auch weiterhin nicht ausgeschafft werden. Härtefallklauseln werden so zu «Täterschutzklauseln».

Der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr sagte denn am Montag, dass der Kanton noch nie so viele Schutzmassnahmen angeordnet habe. Anders als in Deutschland hat nach dem Bundesamt für Statistik hierzulande die Zahl der Straftaten, die durch Jugendliche verübt werden, sogar abgenommen. Das mag auf sehr intensive Präventionsmassnahmen der Kantone bei den Jugendlichen zurückzuführen sein. Allerdings wäre es völlig falsch, hier Entwar-



Das Zürcher Quartier Schwanenquartier leidet besonders unter Jugendkriminalität. Bild: Wikipedia

GEFÄHRLICHE INTERNATIONALE SPIELEREIEN

Abschied von der Schweiz



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Die Schweizer Grossbanken haben sich schon vor Jahrzehnten von den Schweizer Tugenden entfernt und wollten es der Grossmacht USA gleichtun. Die UBS hat nach 2008 ihre Lehren gezogen und das gefährliche Investmentbankgeschäft – vor allem in den USA – massiv zurückgestutzt.

Ganz anders die Credit Suisse, die das Investmentbanking nach Vorbild der USA unbekümmert noch ausbaute und dabei viel Geld verloren hat. Die Schweizer sollen dies nun bezahlen.

Während frühere Freisinnige wie Otto Fischer und Hans Letsch die Schweiz noch verteidigt haben, haben die FDP-Seilschaften in der CS von der Schweiz Abschied genommen. Walter Kielholz, der Gründer der Freunde der Freisinnigen, sagte schon im Jahr 2000 in der «Handelszeitung»: «Der EU-Beitritt muss ein Ziel sein.» Im Rahmen

von «Progrès Suisse» forderte er in grossen Inseraten eine Wiederbelebung des EU-Rahmenvertrags mit fremdem Recht und fremden Richtern. Schweiz adieu.

Und in der FDP tönt es auch heute so.

Präsident Thierry Burkart sagte in der NZZ: «Die Neutralität wird von gewissen Kreisen massiv überhöht.» Er will «die Zusammenarbeit mit Nato-Staaten trainieren». Also wiederum die Schweiz samt ihren Staatsmaximen aufgeben.

Schon nach der letzten Finanzkrise wollte die SVP (zusammen mit der SP) die Ausland- und Inlandgeschäfte der Banken oder die verschiedenen Banking-Bereiche trennen. Im Ständerat sind diese Parteien aber am Widerstand von FDP und Mitte gescheitert. Der Bankenspezialist Kurt Schiltknecht hat schon 2009 festgehalten: «Wenn wir nichts unternehmen, haben wir in zehn Jahren eine noch grössere Krise.» Jetzt ist sie leider da.

Endlich ernst machen: Die Schweiz ist ein kleines Land, die USA ein grosses. Halten wir uns an das Bewährte: «Schuster, bleib bei Deinen Leisten.»



Die Credit Suisse konnte es nicht lassen. Mit riskanten Geschäften in den USA schaufelte sich die Bank ihr eigenes Grab. Bild: Wikipedia

nung zu geben. Vergangene Woche wurde beispielsweise eine 12-jährige Schülerin in Schwamendingen von Jugendlichen spitalreif geschlagen. Die Taten wurden von den Schülern gefilmt. Eine Art, wie sie in Deutschland schon sehr verbreitet ist.

Harte Sanktionen

Die neuen Kriminalitätszahlen zeigen es. Die Schweiz wird unsicherer. Das können auch sporadische Erfolge in der

Prävention nicht vertuschen. Viele Menschen fühlen sich zunehmend unsicher im eigenen Land. Und gerade bei Gewaltdelikten geht das Opfer oft vergessen.

Die SVP fordert bei Gewaltdelikten deutlich höhere Strafen, insbesondere auch in Fällen, bei denen Polizisten oder Beamte angegriffen werden. Im Strafrecht können nur harte Sanktionen eine abschreckende Wirkung entfalten. Diese ist nötiger denn je.



Kantonale Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier» Mobilitätsinitiative

Damit der Verkehr fließen kann und Ausweichverkehr in die Quartiere vermieden wird, darf auf Hauptverkehrsachsen die signalisierte Geschwindigkeit nicht reduziert werden.

Jetzt unterschreiben!

Bogen herunterladen:
mobilitaetsinitiative-zh.ch



Fadegrad



von
Ueli Bamert

Auf dem linken Auge blind

Seit SP, Grüne und AL die absolute Mehrheit im Zürcher Gemeinderat stellen, macht dieser immer wieder mit der Überweisung völlig weltfremder, linkspopulistischer Vorstösse Schlagzeilen. Hier eine kurze Tour d'horizon über die absurdesten Entscheide der letzten Zeit: Die Verteilung von Gratistamppons an Schulen zur Bekämpfung der «Periodenarmut», die Einführung der Viertagewoche bei gleichem Lohn oder der Zwang für Restaurantbetreiber, ihre Toiletten der ganzen Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, egal ob man konsumiert hat oder nicht. All diese Fantastereien sind todernst gemeint – im Rest der Schweiz kann man darob nur verwundert den Kopf schütteln. Die neuste Perle aus dieser Sammlung des Wahnsinns ist die Zustimmung zu einem Postulat, wonach städtische Angestellte zukünftig «verpflichtende Weiterbildungen zum Thema Rechtsextremismus» besuchen müssen. Der Entscheid fiel notabene wenige Tage, nachdem ein völlig ausser Kontrolle geratener linksextremer Mob die halbe Langstrasse kurz und klein geschlagen und Polizisten sowie Rettungskräfte mit Feuerwerkskörpern und Steinen angegriffen hatte. Ein Kompromissvorschlag von SVP und GLP, im Postulat wenigstens wertfrei von «gewaltbehaftetem Extremismus» zu sprechen, wurde von der linken Mehrheit abgeschmettert. Einer der Wortführer auf rot-grüner Seite war der gescheiterte grüne Stadtratskandidat Dominik Waser, der den Bürgerlichen in der Debatte vorwarf, Rechtsextremismus zu verharmlosen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Dominik Waser sich hier als Retter des Abendlandes von der bösen rechten Bedrohung inszeniert: Kaum ein anderer linker Politiker verbreitet auf Twitter dermassen radikale und hetzerische Parolen wie der Jungspund mit dem trendigen Bürzi. Da wird alles rechts der Mitte als faschistisch gebrandmarkt, die SVP regelmässig als «menschenverachtend» bezeichnet und fantasiert, Neu-Bundesrat Albert Rösti müsse «wegen Verbrechen an unserer Zukunft vor Gericht gestellt» werden. Vor einigen Wochen wurde Waser gar öffentlich vom grünen Kantonsrats-Fraktionschef Thomas Forrer zurechtgewiesen: Er hatte in einem inzwischen gelöschten Tweet sozialistische Enteignungsfantasien zur Lösung der angeblichen Wohnungsnot geäussert. Zu sagen, Dominik Waser wäre «auf dem linken Auge blind», weil er seinen Fokus bloss auf Rechtsextremismus legt, wäre eine masslose Untertreibung. Im Gegenteil, hinter dieser typisch linken Haltung steckt ganz ordinärer Selbst-erhaltungstrieb: Würden Politik, Medien und die sogenannte «Zivilgesellschaft» Links- und Rechtsextremismus endlich mit den gleichen Ellen messen, wären linksradikale Hetzer wie Dominik Waser nämlich längst der gesellschaftlichen und politischen Ächtung preisgegeben.

RATSBERICHT AUS ZÜRICH

Finanzielle Exzesse aus Panikmache

Die Panik rechtfertigt alle Mittel. Die Linken möchten immer mehr Geld für immer sinnlosere Projekte ausgeben. Und: Die Ratslinke hält ihre schützende Hand über den grassierenden Linksextremismus.



Derek Richter
Gemeinderat SVP
Zürich

Schon seit der Antike ist bekannt, dass Angst und Schrecken zu verbreiten ein besonders effektives Mittel zur Erreichung seiner Ziele ist. Kaum ein anderes Thema wird auf dieser Grundlage besser vermarktet als die Klimahysterie. Linksgrüne Kreise haben zu diesem Zweck erfolgreich ein Paket von Volksinitiativen lanciert, um alle möglichen und unmöglichen Forderungen umzusetzen. Dabei ist ihnen das Gewerbe, der Wirtschaftsstandort und natürlich das Geld völlig egal. Schliesslich gilt es, sich als Retter des Planeten zu präsentieren. In der aktuellen Debatte galt es, die Volksinitiative «Stadtklima» zu behandeln. Ein Pestizidverbot, Wasserkreisläufe, Luftqualität, akustische Qualität, Biodiversität, Bodenfauna und Wasserversickerung sollen sichergestellt werden. Wir reden hier übrigens nicht von einer Fruchtfolgefläche, sondern von einer Stadt, deren Wurzeln sich 6000 Jahre zurückdatieren lassen.

Der Zweck heiligt die (finanziellen) Mittel

Dass für so ein hohes Ziel auch die Kosten nie zu hoch sein können, wurde mit einem Antrag der Ratslinken bestätigt. Diese erhöhten den vom Stadtrat beantragten Rahmenkredit von 83 Millionen kurzerhand auf 130 Millionen, ohne ein konkretes Projekt zu



Zürich ist für den Linksextremismus eine sichere Heimstätte.

Bild: Dom Dada (Flickr.com)

fördern. Jede Giesskanne arbeitet präziser. Kommissionspräsident Johann Widmer rechnete mit einem scharfen Feuerwerk an Gegenargumenten mit dieser links-grünen Vetternwirtschaft ab. Da aber sogar noch der Geist von Greta Gössi durch die Halle zu schweben schien, standen wir als Hüter der Vernunft auf verlorenem Posten. Der Souverän wird erst in ein paar Jahren feststellen, welche verheerenden Konsequenzen dies nach sich ziehen wird. Dann wird jedoch der Zug bereits abgefahren sein, der letzte Parkplatz geschliffen, der Himmel verbaut und Zürich in seiner unendlichen Dekadenz im Sumpf stecken.

Bekämpfung des Linksextremismus

Eine Reihe von Vorstössen aus der Feder der SVP, vor allem rund um das

Thema Linksextremismus, galt es, abschliessend zu behandeln. Es ist trauriges Faktum, dass die extremistische Gewalt zunimmt.

Dazu veröffentlicht der Nachrichtendienst des Bundes NDB jährlich einen Bericht, auch zu den verschiedenen Ausprägungen dieses Extremismus. Aus diesem Bericht geht klar hervor, dass die Grossstädte ein fundamentales Problem vor allem mit dem Linksextremismus haben.

Die von den linken Regierungen praktizierte Laissez-faire-Politik im Umgang mit Linksradikalen und Ökoterroristen zeigt sich in der Statistik «Sicherheit Schweiz 2022» glasklar. Drei Vorfälle wurden durch den NDB als rechtsextrem und 81 als linksextrem klassifiziert. Stephan Iten und Fraktionschef Samuel Balsiger wiesen

AUS DEM WINTERTHURER STADTPARLAMENT

Bericht vom 6. März 2023

Der Ratssaal war wieder einmal gut besucht, kein Platz blieb frei. Schon vor dem Eingang wurden wir mit Plakaten und Pfeifen von der UNIA begrüsst, da es im Parlament um die Initiative «ein Lohn zum Leben» ging. Ebenfalls waren viele Kinder vom umstrittenen Ponyhof Germann anwesend, wo es um die Änderung der Richt- und Nutzungsplanung ging und darum auch um dessen Weiterführung.



Stefan Gubler
Stadtparlamentarier SVP
Winterthur

Mit Wehmut und warmem Applaus wurde Thomas Wolf, SVP, vom Parlament verabschiedet, da er, nachdem er das Restaurant Bahnhoffli aufgegeben und seinen neuen Lebensmittelpunkt ausserhalb der Stadt Winterthur gesetzt hat, leider nicht mehr in Winterthur im Parlament politisieren darf. Mit Thomas verlieren wir einen engagierten, bodenständigen Kollegen, welcher unsere Fraktion in den letzten Jahren mit viel Herzblut geführt hat.

Beim 1. Geschäft ging es um den Kredit für das Strassenbauprojekt in Wülflingen, bei dem unser neuer Fraktionspräsident Christian Hartmann pointiert den Vergleich von den alten Stadtmauern mit den Untertanen, welche ausserhalb der Stadtmauern leben und nur ihren Zehnten der Stadt zu entrichten haben, ohne dass sie in der Stadt geduldet sind, eingebracht hat. Er spielte darauf an, dass vor der Stadt der Verkehr gebremst und dosiert werden soll. Es ist wichtig, dass der Individualverkehr nicht unnötig ausgebremst wird, z.B. mit 30er-Zonen auf der Hauptstrasse, und so der Schleichverkehr gefördert wird. Dem Kredit wurde mit einer Mehrheit von 50:4 und 1 Enthaltung zugestimmt.

Der nächste Traktandenpunkt war die Volksinitiative «ein Lohn zum



Der Politikbetrieb ist wie das Leben: kein Ponyhof. Ab und an wird in der Winterthurer Politik aber dennoch genau darüber diskutiert.

Bild: Pixabay

Leben». Wie zu erwarten war, war hier die Schere zwischen links und rechts gross und es wurde darauf hingewiesen, dass diese Volksinitiative wohl auch gegen geltendes Recht verstossen kann. Der Stadtrat hatte zudem einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der aber gegen die Initiative keine Chance hatte. Die ganze Diskussion zu den einzelnen Punkten war daher auch kompliziert und sehr zeitintensiv, so konnte das Geschäft vor der Pause nicht abgeschlossen werden. Schlussendlich setzten sich bürgerlichen Parteien durch und empfahlen die Initiative zur Ablehnung.

Nach der Pause hatte sich das Interesse der Zuschauer stark verringert, es

kehrten nur noch etwa 30 Prozent der Zuschauer zurück, das lag sicher auch daran, dass viele Kinder, die aufgrund des Ponyhofs anwesend waren, nach Hause mussten. Aber auch vonseiten UNIA waren nur noch wenige Aktivisten da. Ist die Freizeit doch wichtiger?

Die neue Spezialkommission Pensionskasse 2023 (SPK) wird mit 7 Mitgliedern besetzt, was für uns und die Verteilung der Kräfte das Beste ist, zudem ist Michael Gross, SVP, der Präsident des Komitees.

Als nächster Punkt wurde über die Gültigkeit der zustande gekommenen Volksinitiative «Freie Fahrt für den Bus/Kein flächendeckendes Tempo 30» diskutiert. Anscheinend war der Inhalt

in ihren Voten auf dieses Faktum hin und warfen völlig berechtigt der links-grünen Seite diese Einseitigkeit und Ignoranz vor. Von grüner Seite kam lapidar die Aussage, dass man sämtliche Vorstösse der SVP ablehne – wohl aus Prinzip, aber um im nächsten Satz zu betonen, dass man jeglichen Extremismus ablehne.

Koch-Areal als Symbol der Misere

Der Schreiber konnte es sich angesichts der linken Ignoranz nicht verkneifen, in seinem Votum ein Bild des Koch-Areals zu zeigen, auf welchem das ganze Versagen und die Klientelwirtschaft des linken Stadtrates exemplarisch zur Geltung kommt.

Es zeigt das besetzte Koch-Areal voll mit Steuerbetrügnern, Drogensüchtigen und -händlern, Gewohnheitsdieben und sonstigen Taugenichtsen. Anbauten wurden ohne Baubewilligung erstellt, eine feuerpolizeiliche Bewilligung fand ebenso wenig Beachtung wie die Lebensmittellkontrollen bei gewerblichen Betrieben.

Keine 10 Meter vor dieser Liegenschaft des Grauens ist eine semistationäre Radarfalle zu sehen, welche ab 51 km/h ein Foto schiesst, das mindestens 40 Franken kostet (dank Intervention des Schreibers dürfen sie übrigens das Foto bei der Stadtpolizei verlangen).

Einmal mehr wand sich die überforderte Stadträtin für das wichtigsten Departement der Stadt Zürich, das Sicherheitsdepartement, um geltende Gesetze und erzählte Dinge, die bestenfalls das Prädikat «Heuchelei» verdienen. Alle seien vor dem Gesetz gleich, so las sie von einem Stück Papier ab. Für das Gewerbe könne es aber schon mal «Einschränkungen» geben. Aha.

der Initiative juristisch nicht korrekt formuliert. Wir waren aber klar der Meinung: im Zweifel für das Volk. Grüne/AL, die SP und die GLP erklärten die Initiative für ungültig. Schade fürs Stimmvolk der Stadt Winterthur.

Weiter ging es mit dem Ponyhof Germann bzw. mit der Diskussion über die Änderung der Richt- und Nutzungsplanung. Da es eine Parlamentarische Initiative ist, reicht ein Drittel der Stimmen, um das Geschäft an die beratende Kommission zu überweisen. Wir von der SVP waren dagegen und Michael Gross hielt der Linken den Spiegel vor, was die Juso, junge EVP und die jungen Grünen vor ein paar Jahren noch verhindern wollten, und jetzt soll es kein Problem sein, einfach eine Umzonung vorzunehmen? Es kommt halt immer drauf an, wer was will. Gross erwähnte auch die Probleme der Betreiberin, welche sich nicht an die Regeln hält und fast alle Nachbarn gegen sich aufgebracht hat. Wir von der SVP sind für einen Ponyhof, aber nicht, wenn man gegen Gesetze verstösst. Zudem hat der Kanton eigentlich bereits kommuniziert, dass eine Umzonung nicht möglich sei. Wie zu erwarten war, wurde die Parlamentarische Initiative mit mehr als 50 Prozent der Stimmen überwiesen.

Das letzte Geschäft an dieser Sitzung war die Mutterschaftschädigung trotz Teilnahme an Parlaments-sitzungen. Hier soll die Stadt die Entschädigung der im Mutterschaftsurlaub befindlichen Parlamentarierinnen übernehmen, da frag ich mich schon, zuerst kämpft man für den Mutterschaftsurlaub, aber dann trotzdem aussuchen, auf was man nicht verzichten will. Daniel Oswald, SVP, hielt ein sehr gutes Ablehnungsreferat. Auch bei diesem Geschäft waren wir in der Unterzahl.

GESCHEITERTES SCHULKONZEPT

Alle mit Erfolg zu integrieren – eine Illusion

«Heute wird im Klassenzimmer exzessiv integriert; nicht nur Lernschwächere und Lernstärkere, auch Schüler und Schülerinnen mit Verhaltensauffälligkeiten, früher ganz einfach als Verhaltensgestörte bezeichnet, was den Kern des Problems ehrlich gesagt besser getroffen hatte. Die Klassen werden teilweise massiv von wenigen Kindern gestört, sodass ein geordneter Unterricht nicht möglich ist.

Es ist naiv, zu denken, man könne Hyperschnelle und Hyperlangsame, Intelligente und weniger Intelligente gemeinsam unterrichten. Es ist ebenso naiv, zu denken, man könne Schüler, die den Mathestoff bereits gut beherrschen, gemeinsam unterrichten mit Schülern, welche grosse Lücken aufweisen. Das unterschiedliche Lerntempo und die Aufnahmekapazität haben nun weitreichende Konsequenzen, sollen Lernschwächere nicht die doppelte Zeit oder noch mehr mit Lernen ver-

bringen. So brauchen Leistungsschwächere nicht nur weniger Inhalte, beispielsweise nur die Hälfte der Aufgaben zu bearbeiten, wie es in Schulen praktiziert wird. Nein, sie brauchen vor allem andere Inhalte und vor allem mehr Wiederholungen. Nehmen wir einen Tanzkurs für Fortgeschrittene. Da scheint es auf der Hand zu liegen, dass Tanzpaare, welche die Schritte noch nicht beherrschen, nicht zu den anspruchsvolleren Kombinationen übergehen können und der Coach die Anleitung der Paare in Gruppen aufteilen muss. Auch in der Schule treten überall Leistungsunterschiede auf, welche Lehrpersonen immer zu einem Spagat zwingen. Die Frage ist nur, wie gross der Spagat sein soll. Allzu viel Spagat und Heterogenität mit vielen parallelen Programmen im Klassenzimmer treibt nicht wenige Lehrpersonen ins Burnout oder kann dazu führen, dass diese alles resigniert schleifen lassen.

Wer schulisch etwas langsamer ist und intellektuell etwas weniger aufnahmefähig ist nicht zwingend langsam in anderen Bereichen. Übermässig integriert – als Folge der exzessiven Integration von allen Schülern – werden auch alle Arten von Förderlehrpersonen, welche in den Klassenzimmern ein- und ausgehen und nicht selten dadurch Unruhe ins Geschehen hineinbringen.

Den Verantwortlichen in Politik- und Bildungsgremien kann man nur anraten, Klassen leistungsmässig nicht allzu heterogen zu gestalten!»

Dr. sc. Esther Ziegler,
Geschäftsführerin des
ETH Spin-offs LernConsulting

Anm. d. Red.: Dieser Artikel erschien erstmals in «Insideparadeplatz». Der ganze Artikel ist nachlesbar unter <https://insideparadeplatz.ch/2023/02/04/ist-es-schlimm-wenn-einige-vorwaerts-stuermen/>

«GRÜNE TRÄUME»

Energie: Tatsachen statt Fantastereien

«Fakten und Stimmen zur verfehlten grünen Energiepolitik in der Schweiz» heisst der Untertitel von einem lesenswerten Buch, das Gemeinderat Johann Widmer verfasst hat.



Martin Bürli
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen AG

Auf 112 Seiten beschreiben Johann Widmer, Gemeinderat in der Stadt Zürich, und verschiedene Co-Autoren die Weltfremdheit der grünen Energiepolitik. Das schmale Büchlein hat es in sich: Es entlarvt die realitätsfremde Politik jener Kräfte, die ideologisch die Welt retten wollen. Das Buch greift Utopien auf und vergleicht sie mit den Fakten. Zu Wort kommen ausgewiesene Fachleute aus verschiedenen Branchen. Einleitend werden die physikalischen Grundlagen anschaulich und verständlich erläutert. Das folgende Kapitel beleuchtet die unrealistischen Annahmen des «Klimaplan», welcher politisch durchgedrückt werden soll. Welche Folgen dies für die Wirtschaft, die Staatsfinanzen und die Belastung der KMU und der Steuerzahler hätte, wird gut verständlich dargelegt.

Die Aussagen sind stets mit konkreten Beispielen unterlegt. So kritisiert Widmer die Sensationsmeldungen zur Energiegewinnung aus Sonnenlicht in den Nachrichten, als gesagt wurde, die installierte Leistung der Fotovoltaik habe 2022 um 700 MW zugenommen. Nicht gesagt wurde in den Medien, dass vom Maximum lediglich etwa 63 MW als Leistung abrufbar sind. Damit müssten über 200-mal mehr Solarzellen installiert werden als behauptet. Mit solchen Aussagen deklariert der Autor die «Grünen Träume»: Es würde 200 Jahre dauern, um dies zu verwirklichen. Den Utopien werden Fakten entgegengestellt: Um alle fossilen Brennstoffe für das Heizen durch elektrische Energie zu ersetzen, müsste man eine Flä-

che von 14000 Fussballfeldern mit Solarzellen belegen.

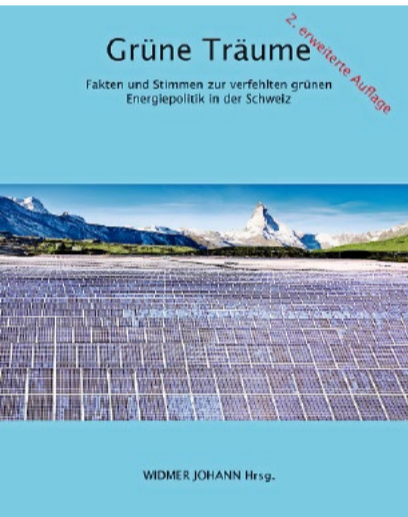
Eine ganze Reihe weiterer Träume werden vorgestellt, analysiert und als realitätsfremd entlarvt: Der Traum vom Verkehr ohne fossile Brennstoffe, Dekarbonisierung der Elektrifizierung oder Ersetzen von Kraftwerken durch Windräder sind leere Heilsversprechen, die näherer Betrachtung nicht standhalten können.

Politische Folgen der realitätsfernen Träume

Eine Umsetzung dieser Pläne würde in tieferreichender staatlicher Bevormundung der Individuen und in Beschneidung der Freiheit enden. Anders als mit totalitärem Zwang liessen sich diese Utopien nicht verwirklichen. Den grünen Traum gibt es nicht gratis: Es droht eine massive Steuergeld-Umverteilung. Widmer nennt auch die Profiteure der Umverteilung: Auf Kosten des Mittelstandes, der Ökologie und des Landschaftsschutzes droht eine «Öko-Vetternwirtschaft».

Bedenklich ist die Tatsache, dass einzelne Autoren anonym schreiben müssen, weil sie berufliche Nachteile zu erwarten haben, wenn sie öffentlich gegen den Strom schwimmen. «Wir sind soweit, dass renommierte Wissenschaftler von den Medien durch Auslassungen und Verzerrungen für eine einseitige Berichterstattung missbraucht werden. Wer sich der Mainstream-Meinung widersetzt, der wird diffamiert oder totgeschwiegen», heisst es im Buch.

Eine beeindruckende Analyse vom negativen Einfluss der Windräder auf Fledermäuse zeigt dies. Windturbinen führen zum Aussterben hochfliegender Fledermäuse, führt ein unter Pseudonym schreibender Autor aus und belegt dies mit Fakten. Weil diese Aussage politisch nicht genehm ist, hätte der Autor massive Schwierigkeiten im Beruf



zu gewärtigen. «Diese Tatsache zeigt auch, dass in diesem Buch diverse Pseudonyme benutzt werden mussten, um die Quellen, die anderer Meinung sind als die Grünen, vor beruflichen Konsequenzen zu schützen», schreibt Widmer dazu.

Zweite Auflage erschienen

Die erste Auflage war rasch vergriffen. In der vorliegenden 2. Auflage ist die Analyse im politischen Teil des Buches stark ausgebaut. Das gut lesbare, unterhaltsam geschriebene Buch ist auch als E-Book erhältlich. Es erhält Aktualität durch die Volksabstimmung im Juni zum Gegenvorschlag der Gletscherinitiative. Wer den Grünen Träumen Fakten entgegenhalten will, ist mit diesem Buch gut bedient. «Grüne Träume – Fakten und Stimmen zur verfehlten grünen Energiepolitik in der Schweiz», 112 Seiten. Autor: Johann Widmer

ISBN: 978-375752143-1
Erhältlich in jeder
Buchhandlung und unter
dem folgenden QR-Code:



Das Ende der Credit Suisse

Mit der Zunahme der Krisenfälle Corona, Axpo, teilweise auch Energie/Klimawandel und aktuell der Credit Suisse regiert der Bundesrat mit Notrecht. Er ist neu der Souverän in unserem Land, also muss der Bürger wissen, mit wem er es zu tun hat. Dies umso mehr, als mit dem Notrecht auch die Pressefreiheit massiv beschnitten wird. Die Doktrin lautet: Geheim, alles geheim.

Wer sind die politischen Funktionsträger, die den Bankensturm der CS – schon viel früher – hätten brechen müssen? Unsere Finanzministerin, Bundesrätin Keller-Sutter, verfügt über einen Dolmetscherabschluss und ein Pädagogikstudium. Praxis im internationalen Banking oder im Finanzbereich fehlen. Umso wichtiger wäre, dass sie auf die Finanzmarktaufsicht (FINMA) und auf das Urteil der Nationalbank abstellen kann. Als Aussenstehender bin ich von diesen beiden Protagonisten enttäuscht. Die Risiken, der Grössenwahn, die Gier, aber auch Selbstüberschätzung des Managements der CS waren offenbar jedem Interessierten seit Jahren bekannt (Investmentbanking in den USA, permanente Schadenersatzklagen aus Übersee, exorbitante Bonuszahlungen), aber niemand griff ein und durch.

In einem NZZ-Interview (Februar 2022) sagte der neue FINMA-Chef: «Ich glaube nicht, dass ich Beisshemmungen habe.» Aber genau daran fehlt es doch. In Bezug auf die CS ist weiter zu lesen: «Wo das Risiko gross ist, werden

mehr Ressourcen eingesetzt.» PS: FINMA beschäftigt um die 500 Mitarbeiter. Weiter ist im Interview zu lesen: «Die FINMA hat ja direkten Einfluss auf die Bestückung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung. Ja, wir prüfen, ob sie fit und proper sind, also das fachliche Wissen und die charakterlichen Voraussetzungen haben.» Hehre Statements. Wieviel wurde umgesetzt?

Fazit: Der Schweizer Finanzplatz hat international enormen Schaden genommen. Die Gewinner sind insbesondere die Finanzplätze USA, England und möglicherweise auch die UBS. Was hatte Keller-Sutter (nach eigenen Aussagen) schon Tage vor dem traurigen Wochenende in diversen Telefongesprächen mit der amerikanischen Finanzministerin abzusprechen? Es ist davon auszugehen, dass der unmittelbare Zusammenbruch der CS diskutiert und mit Schadenersatz seitens der USA gedroht wurde. An dieser Stelle hätte unsere Finanzministerin entgegnen müssen: «Unser Land garantiert für die Credit Suisse, kein CS-Gläubiger weltweit wird zu Schaden kommen.» Dieser Satz, und nur dieser Satz, hätte – anstelle der hilflosen, aber wortreich abgedeckelten Pressekonferenz am Sonntag, 19. März, – um die «Welt» gehen müssen und garantiert zur Beruhigung der CS beigetragen. Ruhe, um Schadensbegrenzung, aber auch das weitere Vorgehen koordiniert anzugehen.

Karl Meier-Zoller, Effretikon ZH

Infolge Erreichung der Altersgrenze des SVP-Mitglieds im ZKB-Bankrat per 31.12.2023 sucht die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich eine Nachfolge. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine starke Persönlichkeit als

Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

Der Bankrat in Kürze

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

Anforderungsprofil

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kunden-Organisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- Erfahrungen in den Bereichen IT/Digital (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufsseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützung-, Nachhaltigkeitsauftrag)

Allgemeine Kriterien:

- Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementsgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Erfahrung in Führungsverantwortung
- Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

Persönkeitsbezogene Anforderungen:

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Sie sind Mitglied der SVP.

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen.

Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben. Einsendeschluss ist der 16. April 2023. Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch. Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder gp.oberengstringen@bluewin.ch.

Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.

Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, See-strasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Win-terthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthu-rerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwa-mendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Uster/Mönchaltorf
Freitag, 31. März 2023, 19.30 Uhr, General-versammlung, Mönchhof, Mönchaltorf. An-schliessend Referat von Nationalrat Bruno Walliser.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 31. März 2023, 18.00–20.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Nationalrat Gregor Rutz. Thema: Was läuft falsch in Bundesbern?

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 1. April 2023, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Dienstag, 4. April 2023, 19.30 Uhr, Poli-tisches Diskussionsforum, Restaurant Hirschen, Winterthurerstrasse 519, Zürich-Schwamen-dingen, mit Nationalrat Andreas Glarner. Thema: «Asyl und Migration – Zahlen, Daten und Fakten».

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 14. April 2023, 19.30 Uhr, General-versammlung, Restaurant Kaserne, Kaser-nenstrasse 129, Bülach.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.
Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lager-strasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnements-dienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.
Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglie-der Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Mattia Mettler, Telefon 044 217 77 68. **Insertions-preise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abon-nementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lager-strasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.
Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Mattia Mettler, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.



Einladung zum politischen Diskussionsforum

Sehr geehrte Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der SVP

Wir laden Sie herzlich zu unserem politischen Diskussionsforum ein:

Thema:
«Asyl und Migration – Zahlen, Daten und Fakten»

mit Andreas Glarner
Präsident SVP Aargau
Nationalrat SVP Kanton Aargau



Wann:
Dienstag,
4. April 2023
19.30 bis 21.30 Uhr

Wo:
Restaurant Hirschen
Winterthurerstrasse 519
8051 Zürich
Beim Schwamendingerplatz

Programm:
19.30 Uhr: Eintreffen
19.45 Uhr: Referat
20.15 Uhr: Diskussionsrunde
20.45Uhr: Geselliges
Beisammensein

Die SVP-Kreispartei 12 Zürich-Schwamendingen freut sich auf Ihren Besuch!



Information über weitere Anlässe der SVP 12 Zürich-Schwamendingen finden Sie unter: www.svp-schwamendingen.ch

Sichere Zukunft in Freiheit

Jetzt



Die Partei des Mittelstandes

wählen!